



Sportausschuss

13. Sitzung (öffentlich)

12. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:00 Uhr bis 17:05 Uhr

Vorsitz: Axel Wirtz (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

3

Der Ausschuss folgt der Bitte der SPD-Fraktion, die Beratung zu TOP 2 – Antrag Drucksache 16/2275 – zu verschieben, da die SPD vor der weiteren Beratung erst die Anregungen aus der Expertenanhörung sowie gegebenenfalls Anregungen der anderen Fraktionen, zu denen die SPD im Sinne eines sachlich und nicht parteipolitisch motivierten Antrags auffordert, in den Antrag einarbeiten möchte.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Vorlagen 16/1071 und 16/1256
hier: Einzelplan 07, Kapitel 07 060 – Förderung des Sports

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 07, Kapitel 07 060 – Förderung des Sports – mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten an.

2 Inklusion im Sport voranbringen – Gemeinsamen Sport von Menschen mit und ohne Behinderung fördern 10

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2275
Ausschussprotokoll 16/337
Stellungnahmen siehe APr. 16/337

Der Ausschuss verschiebt die Beratung entsprechend der Vereinbarung vor Eintritt in die Tagesordnung.

3 Größere Wertschätzung der Fankultur – Fanprojekte nachhaltig fördern! 11

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3433

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum zum Antrag abzugeben, um bis zur abschließenden Beratung des federführenden Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 14. November 2013 die Möglichkeit zu haben, sich doch noch auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen.

4 Trainerfinanzierung in Nordrhein-Westfalen 18

Der Ausschuss hört den Bericht von Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS), der auch noch schriftlich vorgelegt werden soll und dann in der nächsten Sitzung diskutiert werden soll.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Ausschuss** folgt der Bitte der SPD-Fraktion, die Beratung zu TOP 2 – Antrag Drucksache 16/2275 – zu verschieben, da die SPD vor der weiteren Beratung erst die Anregungen aus der Expertenanhörung sowie gegebenenfalls Anregungen der anderen Fraktionen, zu denen die SPD im Sinne eines sachlich und nicht parteipolitisch motivierten Antrags auffordert, in den Antrag einarbeiten möchte.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Vorlagen 16/1071 und 16/1256

hier: Einzelplan 07, Kapitel 07 060 – Förderung des Sports

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Axel Wirtz teilt mit, bisher lägen keine Änderungsanträge vor.

Rainer Bischoff (SPD) führt aus, der von der Landesregierung eingebrachte Haushaltsentwurf sehe im Gesamthaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen eine Reduzierung der Verschuldung um 1,1 Milliarden € vor.

Die Sportfraktion innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion sei stolz darauf, dass es gelungen sei, im Sportbereich im Vergleich zum Vorjahr überhaupt keine Einsparung vornehmen zu müssen.

Die einzige formale Einsparung um 3,7 Millionen € finde beim Deutschen Fußballmuseum statt. Das sei aber vorher vertraglich so vorgesehen gewesen.

In der letzten Sitzung sei intensiv über den Pakt für den Sport diskutiert worden. Der Präsident des Landessportbundes habe gesagt, es sei ein neues Kapitel in der Zusammenarbeit zwischen dem organisierten Sport und der Landesregierung aufgeschlagen worden.

Diese Aussage habe ihn selbst überrascht. Er habe das für einen qualitativen Sprung gehalten.

Aber der LSB-Präsident habe das wirklich so gewürdigt, dass ein neues Kapitel aufgeschlagen worden sei. Mehr brauche man dazu gar nicht zu sagen, wenn das der oberste Vertreter des Sportes in Nordrhein-Westfalen so bewerte. Das sei ausgesprochen gelungen.

Er dürfe allen direkt an den Verhandlungen Beteiligten sowohl dafür danken als auch gratulieren, dass es gelungen sei, dem organisierten Sport mit der Haushaltsaufstellung vier Jahre Planungssicherheit zu geben. Das sei ein großer Sprung nach vorne.

Die SPD sei sehr zufrieden damit und werde dem Haushalt selbstverständlich so zustimmen.

Ihre Fraktion, so **Josefine Paul (GRÜNE)**, freue sich sehr, dass es mit dem Pakt für den Sport gelungen sei, die sehr gute Kooperation mit dem Landessportbund bis 2017 auf eine verlässliche finanzielle Grundlage zu stellen. Das sei im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Es sei jetzt gelungen, das umzusetzen.

Sie könne sich Herrn Bischoff anschließen. Ihre Fraktion habe ebenfalls mit großer Freude zur Kenntnis genommen, wie auch der Landessportbund das würdige.

Darüber hinaus finde sie es sehr gut, dass die Kommunen mit den 50 Millionen € der Sportpauschale weiterhin unterstützt würden. Denn die Kommunen trügen die „Hauptlast“ für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Sportinfrastruktur. Sie seien der wichtigste Träger des Sports in ganz Deutschland.

Mit diesem Haushalt werde wieder einmal deutlich, dass Nordrhein-Westfalen für leistungsfähigen Leistungssport stehe.

Über die Trainerfinanzierung werde die Landesregierung noch berichten.

Sehr erfreulich finde sie auch, dass es weiterhin gelinge, die NRW-Sportschulen auszubauen, die ein sehr gutes System der dualen Karriere darstellten, der Vereinbarkeit von Leistungssport und schulischer Karriere.

Daneben habe man weiterhin die Sportstiftung NRW, die für ein Land in dieser Art und Weise sehr einzigartig sei.

Damit sei NRW als Sportland Nummer eins gut aufgestellt, sowohl was die Leistungssportbereiche als auch was die Breitensportliche Kooperation mit dem Landessportbund angehe.

Man sei mit den unterschiedlichen Programmen, zum Beispiel „NRW bewegt seine Kinder!“, insgesamt auf einem sehr guten Weg, sich den gesundheitssportlichen Aspekten, aber auch den neuen Herausforderungen wie Inklusion und demografischem Wandel anzunehmen.

Der Haushalt bilde diese Prioritätensetzungen und die Priorität, die der Sport in diesem Land habe, gut ab.

Ihre Fraktion werde dem Haushalt so zustimmen.

Lukas Lamla (PIRATEN) begrüßt, dass sich der Sporthaushalt im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert habe.

Bemerkenswert sei, dass die geringeren Kürzungen vom letzten Jahr bei den Beratern für den Schulsport noch nicht ausgeglichen worden seien. Denn diese Berater für den Schulsport hätten im Mai dieses Jahres neue Aufgaben bekommen. Vielleicht könne unter Tagesordnungspunkt 4 auch noch darüber gesprochen werden.

Die Sicherheit des LSB sei mit dem Haushalt auf jeden Fall gewährleistet. Der LSB freue sich und könne weiter planen. Das sei gut für NRW und für den Sport in NRW.

Der Sporthaushalt verstetige weiterhin das Programm „NRW bewegt seine Kinder!“. Dieses Programm befinde sich bekanntermaßen im wahrsten Sinne des Wortes noch

in den Kinderschuhen. Hier brauche es Zeit und Kontinuität, bis diese Strukturen aufgebaut seien und das Programm greifen könne.

Er sehe die Bemühungen der Landesregierung im Bereich Inklusion im Sport in diesem Haushalt nicht abgebildet und frage sich, inwieweit es die Landesregierung bzw. die regierungstragenden Fraktionen mit dem Antrag Drucksache 16/2275 überhaupt ernst meinten. Denn dieser Antrag sage eigentlich nichts. Der Haushalt bilde auch nichts ab. Er finde es sehr schade, dass dieser Inklusionswille nicht im Haushalt abgebildet sei.

Seine Fraktion werde gleichwohl der Einladung der SPD nachkommen und ihre Änderungswünsche und Vorschläge einreichen, damit das wichtige Vorhaben, Inklusion im Sport voranzutreiben, auch mit mehr Substanz unterfüttert werde und nicht nur mit dieser leeren Floskel von einer stärkeren Gewichtung.

Marc Lürbke (FDP) vertritt auch die Auffassung, ganz sicher zu begrüßen sei in jedem Fall der Pakt für den Sport. Dass jetzt eine Planungssicherheit geschaffen sei, sei ein großer Gewinn für den organisierten Sport in Nordrhein-Westfalen. Dafür dürfe man an dieser Stelle ruhig lobende Worte finden.

Wenn man allerdings dann den Bogen zum Gesamthaushalt spanne – natürlich sei der Sportetat Teil des Gesamthaushalts –, dann würden die lobenden Worte schon weniger. Denn der Gesamthaushalt sei – sportlich ausgedrückt – kein großer Wurf. Da fehle es ihm weiter an Sparanstrengungen und er vermisse mutige Ideen, etwas zu gestalten.

Wenn man im Gesamthaushalt durchaus Potenziale aufmache – seine Fraktion mahne die ja auch immer wieder an und werde das auch diesmal wieder in die Haushaltsberatungen einbringen –, könnten natürlich auch Potenziale für den Sportbereich entstehen.

NRW habe einen Gesamthaushalt mit einem Rekordvolumen von 62,3 Milliarden €. Der Sportetat betrage rund 163 Millionen €. Das seien 0,26 % des Gesamthaushaltes. Diese Gewichtung habe Kontinuität. Wenn man aber den Gesamthaushalt immer aufblähe, frage er sich, ob nicht auch Potenziale und Gestaltungsspielräume für den Sport vorhanden seien.

Ein Beispiel sei die Finanzierung der Spitzensportler. Alle Fraktionen eine der Anspruch, dass Nordrhein-Westfalen das Sportland Nummer eins sei. Alle wollten dazu beitragen, dass das so bleibe. Die Frage sei aber, wie es wirklich aussehe mit der finanziellen Unterstützung der Toptalente und ob man sich nicht darüber unterhalten müsse und das vor allen Dingen auch in diesem Haushalt abbilden, wie man denen weiter unter die Arme greifen wolle. Die Frage sei, was dem Land Topleistung wert sei und welchen Medaillenspiegel man bei sportlichen Großereignissen erwarte. Das sei natürlich auch eine Frage des Geldes. Denn mit größeren Herausforderungen sportlicher Natur stiegen die Kosten für den einzelnen Sportler, zum Beispiel Reisekosten. Die Frage sei, wo da der Ansatz in diesem Haushalt sei.

Natürlich habe man die NRW-Sportschulen. Frau Paul weise auch zu Recht auf die duale Karriere hin. Das seien alles schon gute Gedanken. Aber man müsse sich

auch Gedanken darüber machen, was dem Land das Ganze wert sei und welches Ziel man verfolge. Man könne es natürlich bei diesem Mitteleinsatz belassen und die Entwicklung abwarten. Man könne aber auch dem eigenen Anspruch gerecht werden und speziell im Spitzensport nachlegen.

Da wären durch Übertragungen und Einsparungen im Gesamthaushalt Möglichkeiten vorhanden gewesen, dem Sport noch stärker unter die Arme zu greifen.

Beim Thema „Inklusion“ stimme er Herrn Lamla absolut zu. So richtig der Gedanke sei, dass der Sport Inklusionsmotor sein könne, fehle ihm aber die Abbildung im Haushalt.

Ein Thema, das auch immer wieder genannt werden müsse – aber das sei eine politische Entscheidung und das respektiere er auch –, sei „1.000 mal 1.000“. Die FDP habe eine andere Auffassung zum Einsatz dieser Gelder. Natürlich sei das ein Punkt, den die FDP im Rahmen der Haushaltsberatungen immer wieder einbringe. Seine Fraktion habe nach wie vor eine andere politische Vorstellung. Das sei als direkte Hilfe für die Vereine gedacht gewesen und nicht im Ganztage, wenn verschiedene Vereine dann gar nicht an diesem Programm partizipieren könnten.

Für langfristigen Erfolg insbesondere im Leistungssport müsse noch ein wenig mehr gemacht werden. Da fehle ihm doch ein wenig die Vision, die langfristige Perspektive auch der Landesregierung, gerade auch was den Mitteleinsatz betreffe.

Seine Fraktion behalte sich vor, im weiteren Verfahren noch Änderungsanträge einzubringen.

In dieser Sitzung werde seine Fraktion den Haushalt ablehnen.

Da der Sporthaushalt ein Teilhaushalt des Gesamthaushalts sei, den die CDU ablehnen werde, so **Holger Müller (CDU)**, lehne seine Fraktion folgerichtig auch den Sporthaushalt ab.

Eine positive Würdigung des Paktes für den Sport habe er ausweislich des Protokolls von der letzten Sitzung bereits vorgenommen. Natürlich freue sich seine Fraktion, dass die Planungssicherheit für den organisierten Sport gewährleistet sei.

Zur Unterstützung des Spitzensports ist **Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS)** der Ansicht, dass Nordrhein-Westfalen eine ziemlich gute Entwicklung genommen habe, mit der Sportstiftung gemeinsam mit dem Landessportbund oder mit dem Landessportbund gemeinsam mit der Sportstiftung.

Auch die FDP sitze ja im Kuratorium der Sportstiftung. In diesem Kuratorium sei mit Zustimmung der FDP beschlossen worden, dass ab 1. Januar 2014 für die Nachwuchskader die Unterstützung um monatlich 300 € angehoben werde und ab 2015 für die A- und B-Kader um 800 €.

Sie meine, man könne mit Fug und Recht sagen, dass man in der Unterstützung der Spitzensportler einen riesigen Schritt nach vorne gekommen sei. Man müsse natürlich auch abwägen, was man als Land gemeinsam mit den Verbänden und mit Stif-

tungen leisten könne. Auf der einen Seite werde mehr Geld gefordert und auf der anderen Seite kritisiert, dass die Landesregierung den Haushalt nicht frühzeitig genug entschulde.

Vielleicht lege die Opposition ja noch einen interessanten Antrag zur Haushaltsberatung vor, der ihre Ideen deutlich mache. Für Ideen sei die Landesregierung immer aufgeschlossen. Die Landesregierung sei nicht beratungsresistent. Insofern warte die Landesregierung darauf, was die Opposition ihr noch mit auf den Weg geben könne, wo sie noch eine Chance sehe, noch mehr machen zu können. Was die Spitzensportler des Landes angehe, die Menschen, die Nordrhein-Westfalen weltweit repräsentierten, stünden nach ihrer Einschätzung alle Fraktionen nahe beieinander.

Die Landesregierung arbeite auch beim Thema „Inklusion“ sehr eng mit dem Landessportbund zusammen. Der Landessportbund sei sehr engagiert bei diesem Thema. Über den Pakt für den Sport habe man das auch sozusagen verankert.

Das Land habe auch selbst mit 12 Sportvereinen Modellprojekte aufgelegt und eine Verabredung mit dem Landschaftsverband Rheinland, um das projektmäßig zu begleiten und daraus Konsequenzen für weitere Entwicklungen im Sport ableiten zu können. Die Landesregierung versuche, sich sehr sachkundig zu machen und das nicht nur im Haushaltsplan abzubilden, sondern auf einer Grundlage, für die es auch Anhaltspunkte gebe.

Sie bedanke sich für die positiven Rückmeldungen in der Diskussion. Sie finde auch, dass das ein ganz gutes Zeichen sei, den Sporthaushalt quasi zu überrollen, wenn man von den Leistungen für das Deutsche Fußballmuseum absehe, die ja jetzt nicht mehr fließen müssten.

Bemerkenswert sei auch – denn das sei nicht ganz so einfach gewesen –, dass es gelungen sei, für alle Destinatäre eine solide Festschreibung bis 2017 zu erreichen, damit der Pakt für den Sport auch habe umgesetzt werden können.

Das sei eine gute Perspektive für den Sport in NRW.

RB Werner Stürmann (MFKJKS) ergänzt zur Aufwandsentschädigung für die Leitung von Schulsportgemeinschaften: Dieser Betrag sei bis zum Haushaltsjahr 2013 leicht gesunken, weil man in der Legislaturperiode 2005 bis 2010 einen Teil dieses Geldes genommen habe für die Honorarkräfte in den NRW-Sportschulen zur zusätzlichen Unterstützung des Sportunterrichts. Diese Absenkung sei bis 2013 erfolgt und werde jetzt auf dieser Ebene weiterhin stabilisiert. Da sei keine weitere Absenkung vorgesehen.

Es habe aus Sicht der Landesregierung da keine Probleme gegeben. Man könne diesen Prozess der Leitung von Schulsportgemeinschaften sowohl von der Thematik her als auch von der Anzahl her ziemlich gut zentral steuern. Deswegen sei das eine sehr sinnvolle Maßnahme gewesen.

Der **Ausschuss** nimmt den Einzelplan 07, Kapitel 07 060 – Förderung des Sports – mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten an.

2 Inklusion im Sport voranbringen – Gemeinsamen Sport von Menschen mit und ohne Behinderung fördern

Antrag

der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2275

Ausschussprotokoll 16/337

Stellungnahmen siehe APr. 16/337

Der **Ausschuss** verschiebt die Beratung entsprechend der Vereinbarung vor Eintritt in die Tagesordnung.

3 Größere Wertschätzung der Fankultur – Fanprojekte nachhaltig fördern!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3433

Vorsitzender Axel Wirtz gibt den Hinweis: Der Antrag der Fraktion der Piraten sei durch Plenarbeschluss vom 10. Juli diesen Jahres zur Federführung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie zur Mitberatung an den Sportausschuss überwiesen worden.

Der federführende Ausschuss habe inzwischen mitgeteilt, dass er übermorgen abschließend über den Antrag beraten wolle.

Zu dem Antrag gebe es einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/3514, der allerdings nach der Geschäftsordnung des Landtages im Sportausschuss nicht mit beraten werde.

Daniel Düngel (PIRATEN) äußert seinen Unmut, was die Zusammenarbeit hinsichtlich dieses Antrages mit den beiden regierungstragenden Fraktionen angehe.

An sich hätten sich die Fraktionen darauf verständigt, zu versuchen, aus den beiden in großen Teilen recht identischen Anträgen mit recht identischen Zielsetzungen einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln.

Man habe dann auf Referentenbasis versucht, sich über Gemeinsamkeiten zu verständigen. Auch dabei sei im Prinzip festgestellt worden, dass es sehr viele Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Anträgen gebe.

Etwas überraschend sei dann in der letzten Woche das Signal von SPD und Grünen gekommen, dass an der Zusammenarbeit nicht weiter festgehalten werde, man die Beschlussfassung nicht weiter verzögern wolle und den eigenen Entschließungsantrag durchsetzen werde.

Dieses Prozedere finde er merkwürdig. Er sei auch recht enttäuscht, weil er gedacht habe, dass man in die gleiche Richtung gehen wolle. Offenbar sei das aber nicht der Fall. Offenbar stehe auf dem Antrag der Piraten der falsche Fraktionsname.

(Holger Müller [CDU]: Das kommt vor!)

– Er könne auch ganz gut damit leben. Er habe ja ein recht breites Kreuz und könne eine ganze Menge vertragen. Aber er bedaure es trotzdem.

In dem SPD/Grünen-Antrag fehlten aus Sicht der Piraten ein paar Punkte, die hätten durchaus ergänzt werden können. Unter dem Strich hätte man dann eine gute Lösung erreicht.

Es fehle der Prüfauftrag an die Landesregierung, in welchem Umfang es sinnvoll sei, Fanprojekte einzurichten.

Das habe auch ein bisschen etwas mit Dialog zu tun. Beim Dialog in Sachen Fußball bestehe durchaus Optimierungsbedarf, was Landesregierung, Vereine, Fans usw. angehe.

Fanprojekte hörten nicht in irgendeiner Liga auf. Man sollte sich sachlich angucken, bei welchen Vereinen bis zu welchen Ligen Fanprojekte sinnvoll seien. Viele Traditionsvereine hätten einen relativ starken Abstieg erlebt. Nichtsdestotrotz hätten die häufig noch wahrnehmbare Fangruppen. Auch da sei eine Förderung sinnvoll.

(Holger Müller [CDU]: Was heißt wahrnehmbar?)

– Allein die Zahl sei schon wahrnehmbar, ohne dass man sich mit den einzelnen Fanszenen intensiver auseinandersetzen müsse.

Die Piraten forderten mit ihrem Antrag auch eine Art Berichtspflicht. Der Sportausschuss und der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sollten sich regelmäßig mit dem Thema beschäftigen und anerkennen, wie wichtig die Fanprojektarbeit sei.

Der Stellenschlüssel von 1993 werde seines Wissens in keinem der bislang existierenden Fanprojekte in Nordrhein-Westfalen tatsächlich erfüllt. In dem Zusammenhang sollte man sich auch fragen, ob dieser 20 Jahre alte Schlüssel überhaupt ausreiche. Wenn der noch nicht einmal ausgefüllt sei, sehe er extremen Handlungsbedarf.

Im Entschließungsantrag von SPD und Grünen stehe ja auch – das finde er sehr charmant –, dass sich der Bund beteiligen müsse, zum Beispiel bei der Finanzierung der KOS. Das unterstützten die Piraten.

Er hätte einen gemeinsamen Antrag sehr gut gefunden und finde es außerordentlich bedauerlich, dass die Fraktionen da nicht zusammengekommen seien.

Seine Fraktion mache einiges anders und werde am Donnerstag bei der Abstimmung auch dem Entschließungsantrag zustimmen, weil der auch in eine richtige Richtung gehe, auch wenn er letzten Endes nicht perfekt sei. Er hoffe, dass andere Fraktionen diesem Beispiel vielleicht folgten.

Rainer Bischoff (SPD) teilt den Eindruck von Herrn Düngel, dass die Zielsetzungen der Anträge nahe beieinander lägen.

Die Referentinnen und Referenten der SPD hätten ihm allerdings nach ihrer Beschäftigung mit den Anträgen die Einschätzung mitgeteilt, dass der Antrag der Piraten qualitative Schwächen habe, die der Entschließungsantrag weniger habe.

Er habe sich das heute Morgen noch einmal ganz bewusst durchgelesen und übernehme diese Einschätzung.

Die Referenten hätten keine Einigkeit erzielen können, welcher der beiden Anträge die Grundlage für einen gemeinsamen Antrag sein solle. Die SPD sei der Ansicht gewesen, dass ihr Entschließungsantrag qualitativ hochwertiger sei und deswegen als Grundlage für einen gemeinsamen Antrag zu nutzen sei, während die Fraktion der Piraten die Auffassung vertreten habe, dass ihr Antrag als Grundlage zu nutzen sei. Also nicht der Briefkopf sei das Kriterium gewesen, sondern die Qualität.

Er wolle das an einem Beispiel deutlich machen. Auf Seite 2 im Antrag der Piraten beginne ein Absatz folgendermaßen:

„Gewalt ist ein Phänomen, das in der öffentlichen Debatte in modernen Gesellschaften oftmals ausgeblendet wird, in seinen unterschiedlichen Ausprägungen allerdings nicht geleugnet werden kann.“

Der Abschnitt ende so:

„Folgt man in diesem Zusammenhang der Annahme, dass es keine gewaltfreie Gesellschaft gibt, kann es keinen gewaltfreien Fußball geben.“

Er wolle das soziologisch gar nicht hinterfragen, ob diese Annahme richtig oder falsch sei. Er habe in seinem Studium der Soziologie auch Aggressionstheorien kennengelernt. Da gebe es durchaus verschiedene Lehren, ob man Gewalt auch abschaffen könne.

Aber der Satz „Es kann keinen gewaltfreien Fußball geben.“ könne natürlich von jedem, der Gewalt ausübe, als Alibi benutzt werden. Das müsste man doch anders formulieren. Das sei ein Beispiel für die qualitativen Schwächen.

Ob die Piraten möglicherweise sogar recht hätten, wolle er jetzt gar nicht inhaltlich diskutieren. Aber seine Fraktion werde so einen Satz nicht unterschreiben, weil er ein Alibi für gewalttätige Fangruppen sein könne.

Deswegen sei die SPD der Ansicht gewesen, dass ihr Antrag der qualitativ bessere sei und hätte zur Grundlage gemacht werden müssen. Nach seiner Einschätzung sei ein gemeinsamer Antrag daran gescheitert. Er bedaure das.

Da über den Entschließungsantrag in diesem Ausschuss nicht abgestimmt werde, wolle er jetzt nicht weiter für den Entschließungsantrag werben.

Josefine Paul (GRÜNE) stellt klar, SPD und Grüne hätten natürlich keinen Entschließungsantrag gestellt, weil auf dem ursprünglichen Antrag die falsche Fraktion stehe. Hintergrund für den Entschließungsantrag sei, dass der Ursprungsantrag in einigen Dingen unscharf sei und konkreter gefasst werden könne.

Herr Bischoff habe ein Beispiel genannt, das auch ihre Fraktion mit einer gewissen Verwunderung zur Kenntnis genommen habe. Dass Gewalt ein gesamtgesellschaftliches Phänomen sei, sei in dem Zusammenhang eher als Binsenweisheit zu betrachten. Der Aussage, dass es keinen gewaltfreien Fußball gebe, würde sie sich in gewisser Weise auch anschließen.

Nur im Antrag der Piraten fehle ihr die daraus folgende Konsequenz. Das wirke ein bisschen so, als würden die Piraten das hinnehmen. Ihr fehle die aus ihrer Sicht zwingend erforderliche ganz klare Distanzierung von Gewaltphänomenen in Stadien.

Hinzu kämen viele Dinge, die Herr Düngel gerade als großen Wurf gepriesen habe im Gegensatz zu dem, was SPD und Grüne geschrieben hätten. Der Antrag von SPD und Grünen sei aber doch in vielen Punkten viel konkreter.

Herr Düngel habe gerade gesagt, dass er das charmant finde, dass SPD und Grüne die Bundesebene und die KOS ins Spiel gebracht hätten. Natürlich hätten SPD und Grüne das ins Spiel gebracht, weil sie die Ansicht verträten, dass das vernünftige Controlling von Fanprojekten – das sei ja zu Recht angesprochen worden, wie man das evaluiere und inhaltlich weiterentwickle – bei der KOS liegen müsse und nicht bei einer der Landesregierungen. Denn die Fanprojekte lägen ja nun einmal auch nicht nur in einem Bundesland.

Dementsprechend sei es aus Sicht der Grünen folgerichtig, zu sagen, die KOS werde über Bundesmittel finanziert und damit sei auch der Bund in der Verpflichtung, dort die Mittel aufzustocken, damit die konzeptionelle Weiterentwicklung und das Controlling dort vernünftig abgewickelt werden könnten.

Herr Düngel habe auch gesagt, dass es schade sei, wenn es in unteren Ligen dann keine Fanprojekte mehr gebe. Das sei schlicht und ergreifend sachlich falsch, weil das NKSS keine Ligagrenzen mehr kenne. Früher habe es die Grenzen gegeben. Da habe man sozusagen aus der Finanzierung absteigen können. Das sei heute nicht mehr der Fall, wie das Beispiel Wuppertal zeige.

Dass solche Fanprojekte oftmals ein bisschen in Schiefelage geraten, wie das Beispiel Wuppertal wiederum auch zeige, liege daran, dass die Kommune Schwierigkeiten habe, den kommunalen Finanzierungsanteil zu bringen. Das sei bedauerlich. Aber aus ihrer Sicht müsse man weiterhin auf die Drittelfinanzierung pochen.

Denn Fanprojekte seien nicht nur für das Schwenken von Fähnchen zuständig. Das seien sozialpädagogische Projekte der Jugendhilfe mit einer ganz klaren Verortung in den Kommunen. Dementsprechend liege auch eine gewisse Verantwortung bei den Kommunen. Es sei schade, wenn die Kommunen nicht wüssten, wie sie den Anteil aufbringen sollten. Aber die Finanzierung an sich finde sie so richtig.

Darüber hinaus liege natürlich eine gewisse Verantwortung für die Fanarbeit bei den Verbänden und Vereinen. Da sei es zu begrüßen, dass der DFB mittlerweile gesagt habe, er würde mehr Verantwortung übernehmen. In vielerlei Hinsicht seien aber auch die Vereine gefragt, mehr Verantwortung zu übernehmen für mehr Sicherheit im Stadion, aber auch für mehr Wertschätzung von Fankultur. Einfach nur zu sagen, man finde die Dortmunder Wand toll und die sei Teil des Vereins, reiche aus ihrer Sicht nicht aus. Sie vermute, da sei man einer Meinung.

Herr Düngel stelle zu Recht fest, dass der Stellenschlüssel des NKSS in den Fanprojekten nicht umgesetzt werde. Aber ihr fehlten Aussagen dazu, wo Ergänzungen in den bestehenden Fanprojekten oder vielleicht in anderen Bereichen der Fanarbeit tatsächlich sinnvoll sein könnten. Denn sie meine, das Geld sollte nicht mit der Gießkanne verteilt werden, sondern Konzepten folgen.

SPD und Grüne machten das dagegen mit ihrem Antrag möglich, denn sie sagten unter Punkt 4:

„... dort wo notwendig im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Kinder- und Jugendförderplans aufzustocken.“

Das sei ihres Erachtens einer der entscheidenden Punkte dieses Antrags.

Natürlich hätten die Fraktionen noch weiter verhandeln können, ob sie zusammenkämen. Aber wie so oft liege der Teufel im Detail. Dann müsse man unter Umständen über die beiden vorliegenden Positionen abstimmen.

Die Diskussion im Parlament werde damit sicher auch nicht beendet sein. Man habe jetzt oft darüber diskutiert, was sie sehr richtig und wichtig finde. Die Fraktionen schienen aber in Detailfragen trotz grundsätzlicher Gemeinsamkeiten nicht zusammenzukommen.

Sie finde es schade, dass in diesem Ausschuss nicht über den Entschließungsantrag abgestimmt werden könne. Ihre Fraktion müsse den Antrag der Piraten ablehnen.

Holger Müller (CDU) geht ebenfalls davon aus, dass sich das Parlament mit dem Thema nicht zum letzten Mal beschäftigen werde.

Die eine oder andere Wortmeldung ließe sich sehr gut glossieren. Zum Beispiel habe Kollege Bischoff gesagt, er habe sich das heute Morgen noch einmal durchgelesen. Aber in der vorherigen Woche sei ein gemeinsamer Antrag bereits abgelehnt worden. Dafür sei das Thema zu ernst.

(Rainer Bischoff [SPD]: Ich habe gesagt, noch einmal durchgelesen!
Nicht zum ersten Mal durchgelesen, sondern für die Debatte heute!)

Die Frage der Kosten sei natürlich hier nicht geklärt und müsste sicherlich noch geklärt werden. Alle anderen Punkte sehe seine Fraktion aber als völlig unproblematisch an. Die gingen auch in die richtige Richtung. Weder Herr Bischoff noch Frau Paul hätten ja auch gesagt, dass das nicht in die richtige Richtung ginge. Von daher hätte man sicherlich eine Einigung erzielen können.

Das sei übrigens auch der Grund dafür gewesen, dass seine Fraktion dem Ganzen positiv zugeschaut habe, weil sie auch bis zu dieser E-Mail in der vorherigen Woche davon ausgegangen sei, dass es einen gemeinsamen Antrag geben werde. Nun gebe es den leider heute nicht.

Punkt 2 des Entschließungsantrages könne ja noch historischen Charakter bekommen. Vielleicht sei das der letzte Antrag, in dem die SPD fordere, dass seitens des Bundes aufgestockt werde. Als die Piraten eben gesagt hätten, dass sie dem Antrag zustimmen würden, habe er gedacht, ob die SPD dem denn in ein paar Wochen noch so zustimme, wisse man nicht. Gewisse Antragsformen änderten sich wahrscheinlich in der nächsten Zeit. Das habe man ja schon oft erlebt – und zwar in allen Bereichen –, dass die SPD und die Grünen nach dem Bund riefen.

Frau Paul habe sich zumindest noch bemüht, die Zuständigkeit des Bundes zu begründen. Diese Ansicht lasse sich ja so vertreten. Aber eigentlich sei das keine originäre Bundesaufgabe. Das wüssten alle. Eine originäre Landesaufgabe sei es genauso wenig. Es sei eine Aufgabe der verschiedenen Beteiligten. Das könne auch der Bund sein, aber natürlich nicht nur der Bund.

Seine Fraktion finde es bedauerlich, dass es nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sei, zumal in einer Frage, in der man sich weitestgehend einig sei.

Da man sich nicht habe einigen können, werde seine Fraktion heute dem Antrag der Piraten zustimmen.

Marc Lürbke (FDP) hält das für ein Musterbeispiel dafür, durch mangelnde Absprache eine gute Idee nicht umsetzen zu können.

Die FDP sei eigentlich davon ausgegangen, dass man sich in diesem Ausschuss auf einen gemeinsamen Antrag verständigen könne. Er habe auch die Fraktion der Piraten so verstanden, dass sie durchaus gesprächsbereit gewesen sei, was Formulierungen betreffe. Darüber, welcher Antrag Grundlage geworden wäre, hätte man sich schon verständigen können, da beide Anträge die gleiche Stoßrichtung hätten. Er habe jetzt auch noch nichts gehört, was dem absolut widerspreche.

Die Passage, die Herr Bischoff angeführt habe, sei ja schon bei der Einbringung des Antrags ins Plenum angesprochen worden. Die Darstellung, es gebe keinen gewaltfreien Fußball, halte er auch für einen Knackpunkt im Antrag der Piraten. Dieser pseudogesellschaftskritische Ansatz dazu störe ihn auch sehr. Das finde er wirklich befremdlich.

Deswegen habe er die Hoffnung gehabt, dass am Ende ein gutes Ergebnis herauskomme, wenn man die beiden Anträge zusammenbringe und auf solche Passagen vielleicht verzichte. Das hätte auch die volle Zustimmung der FDP gefunden.

Jetzt befinde sich die FDP in einer schwierigen Situation. Mit der Stoßrichtung des Antrags stimme sie überein. Fanprojekte müssten gefördert werden. Aber bestimmte Passagen in diesem Antrag könne sie nicht unterstützen. Dazu gehöre unter anderem die Aussage, es gebe keinen gewaltfreien Fußball. Damit werde Gewalt bagatelisiert. Das bringe die FDP jetzt in die Situation, dem Antrag nicht zustimmen zu können, obwohl sie grundsätzlich die Richtung teile.

Daniel Düngel (PIRATEN) räumt ein, dass der Passus zur Gewaltproblematik hätte vielleicht geändert werden können. Sicherlich gebe es schönere Formulierungen.

Die Piraten sagten in ihrem Antrag aber ganz klar:

„Das Verschweigen von Gewalt ist inakzeptabel. Dem Gewaltphänomen muss in allen Gesellschaftsbereichen entschieden entgegengetreten werden.“

Frau Paul habe nach Konzepten zur Ausgestaltung der Fanprojekte gefragt. Der Prüfauftrag an die Landesregierung, sich jedes bestehende Fanprojekt im Hinblick auf die Stellensituation und den Bedarf anzuschauen, gehöre doch zu den Kernpunkten des Piraten-Antrags.

Nach seinen Informationen habe zuletzt im Raum gestanden, den Text des Antrags von SPD und Grünen als Basis zu nehmen und um einzelne Aspekte des Antrags der Piraten zu erweitern.

Was dann in der Kommunikation von Herrn Bischoff mit den Referenten schiefgelaufen sei, könne er nicht beurteilen. Das müsse Herr Bischoff fraktionsintern überprüfen. An der Bereitschaft der Piraten habe es nicht gelegen.

Insofern sei es umso bedauerlicher, dass die Fraktionen kein gemeinsames Ergebnis erreichten.

Der **Ausschuss** kommt – dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden folgend – überein, kein Votum zum Antrag abzugeben, um bis zur abschließenden Beratung des federführenden Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 14. November 2013 die Möglichkeit zu haben, sich doch noch auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen.

4 Trainerfinanzierung in Nordrhein-Westfalen

Holger Müller (CDU) bittet darum, den von der Landesregierung angekündigten mündlichen Bericht nach der Sitzung auch noch schriftlich zu bekommen.

Vorsitzender Axel Wirtz schlägt vor diesem Hintergrund vor, auf der Grundlage des schriftlichen Berichts dann erst in der nächsten Sitzung die Diskussion darüber zu führen.

Marc Lürbke (FDP) schließt sich diesem Verfahrensvorschlag an, kritisiert allerdings, dass dieser schriftliche Bericht nicht bereits rechtzeitig vor der Sitzung vorgelegen habe, nachdem seine Fraktion schon vorletzte Woche über die Referentin per Mail diesen schriftlichen Bericht erbeten habe. Er kenne die Hintergründe der Verzögerung nicht, aber leider trete das Problem in diesem Ausschuss nicht zum ersten Mal auf.

Rechtzeitig vorliegende Berichte erleichterten die Arbeit und ermöglichten, eher in die Beratung einzusteigen, in diesem Fall bereits in dieser Sitzung. Aus dem Grund sollte man sich grundsätzlich darauf verständigen, den Fraktionen zukünftig schriftliche Berichte, wenn möglich, vorab zur Verfügung zu stellen.

Erst in der nächsten Sitzung in die Diskussion einzutreten, wenn der schriftliche Bericht vorliege, könne aus Sicht des **Vorsitzenden Axel Wirtz** diese Situation heilen.
– Der **Ausschuss** erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) berichtet entsprechend Vorlage 16/1438 und legt darüber hinaus Wert auf die Feststellung, das Ministerium entspreche der Bitte der FDP. Denn beim Kabinettreferat sei am Freitag letzter Woche um 12:15 Uhr die Mail mit der Bitte der FDP eingegangen, erst nach dieser Sitzung den mündlichen Bericht schriftlich zu bekommen.

Holger Müller (CDU) erinnert an die Zusage des Staatssekretärs in der letzten Sitzung, eine schriftliche Information zur Staffelung der Gehälter zuzuschicken, und bittet darum, diese Information dann dem schriftlichen Bericht beizufügen.

gez. Axel Wirtz
Vorsitzender

26.11.13/29.11.2013

150